Gesellschaftsvertrag der

Freien Interkulturellen Waldorfschule Berlin gemeinnützige Unternehmergesellschaft
(haftungsbeschränkt)

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Firma, Sitz und Geschäftsjahr

1. Die Gesellschaft ist eine haftungsbeschränkte Unternehmergesellschaft und trägt den Namen „Freie Interkulturelle Waldorfschule Berlin Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)“.
2. Der Sitz der Gesellschaft ist in Berlin.
3. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr und beginnt mit dem Eintrag ins Handelsregister.

§ 2

Zweck und Gegenstand der Gesellschaft

1. Die Gesellschaft dient im Sinne des § 52 der Abgabenordnung dem Zweck der Förderung von Bildung und Erziehung. Sie verfolgt diesen Zweck insbesondere durch
 - a) Aufbau, Förderung und wirtschaftlichen Betrieb einer oder mehrerer Ersatzschulen auf Grundlage der Pädagogik Rudolf Steiners wie der „Freien Interkulturellen Waldorfschule Berlin“, einschließlich der für Schulbetrieb, Nachmittagsbetreuung oder Vorschulerziehung erforderlichen Einrichtungen.
 - b) Förderung der Aus-, Weiter- und Fortbildung der Mitarbeiter der Schule und des Hortes durch finanzielle Beteiligung an den laufenden Kosten der dazu erforderlichen Einrichtungen, z.B. in Form von Mitgliedsbeiträgen, , sofern diese selbst gemeinnützig oder Körperschaften des öffentlichen Rechts sind.
 - c) Förderung des öffentlichen Diskurses über soziale und pädagogische Fragestellungen im Zusammenhang mit den Herausforderungen einer multikulturellen Gesellschaft durch eigene Veranstaltungen, finanzielle Beteiligung an den laufenden Kosten entsprechender gemeinnütziger Körperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts, oder der projektbezogenen Zusammenarbeit mit solchen Körperschaften.

2. Die Gesellschaft dient im Sinne des § 52 der Abgabenordnung der Förderung der internationalen Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens. Sie verfolgt diesen Zweck insbesondere durch
 - a) Eine interkulturelle Ausrichtung der betriebenen Einrichtungen. Dazu gehört eine ausgewogene ethnische Zusammensetzung der Klassen, die pädagogisch geführte Begegnung von Angehörigen unterschiedlicher Ethnien, und eine speziell auf die Entwicklung einer internationalen Gesinnung ausgerichtete Pädagogik,
 - b) die Förderung der aktiven Mitgestaltung verschiedener Ethnien am Schulleben, die bewusste Integration der jeweiligen kulturellen Gebräuche in den Schulalltag, oder die Förderung der schulischen Weiterbildung der jeweiligen Muttersprache,
 - c)
 - d) gegebenenfalls auch die Förderung der zur wissenschaftlichen Erforschung der gesellschaftlichen und pädagogischen Bedingungen der Völkerverständigung und der zur entsprechenden Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter nötigen Einrichtungen, sofern letztere selbst gemeinnützig oder Körperschaften des öffentlichen Rechts sind.

3. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den gemeinnützigen Zwecken des Unternehmens dienen. Sie kann sich an anderen Gesellschaften, gleichen, ähnlichen oder verwandten Gegenständen beteiligen oder sonstige Gesellschaften übernehmen.

§ 3 Gemeinnützigkeit

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für den satzungsmäßigen Zweck verwendet werden. Etwaige Überschüsse sind gemäß § 58 der Abgabenordnung einer Rücklage zuzuführen, die nur zur Sicherung und Erfüllung des Gesellschaftszweckes verwendet werden darf, sofern dadurch die für eine UG gesetzlich vorgeschriebene Rücklagenbildung von 25% des Jahresgewinnes für die Ansparung des Stammkapitals von 25.000 Euro nicht verletzt wird.
3. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Körperschaft erhalten. Im Falle der Liquidation oder sonstigen Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zweckes fällt das Vermögen der Gesellschaft an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft, die es unmittelbar und ausschließlich im Sinne des § 52 der Abgabenordnung für den Zweck der Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe zu verwenden hat.

4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

II. Stammkapital, Geschäftsanteile

§ 4

Stammkapital und Stammeinlagen

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1.200,00 (eintausendzweihundert) Euro.
2. Es bestehen acht Geschäftsanteile von jeweils 150,00 €.
3. Die Geschäftsanteile werden wie folgt übernommen:

Sylvain Coiplet Geschäftsanteil Nr. 1

Julie Dibbern Geschäftsanteil Nr. 2

Christoph Doll Geschäftsanteil Nr. 3

Aicha Hamdani Geschäftsanteil Nr. 4

Birgit Langhans Geschäftsanteil Nr. 5

Heidrun Jardner Geschäftsanteil Nr. 6

Johannes Mosmann Geschäftsanteil Nr. 7

Constance Schmidt Geschäftsanteil Nr. 8

4. Die Geschäftsanteile sind sofort in voller Höhe und in bar zu leisten.

§ 5

Verfügung über Geschäftsanteile

1. Die Geschäftsanteile sind nicht veräußerbar. Die Geschäftsanteile sind nur mit Zustimmung der Gesellschafterversammlung übertragbar. Ein Gesellschafter, der ausscheiden will, darf einen Nachfolger vorschlagen. Der Nachfolger muss von der Gesellschafterversammlung einstimmig anerkannt werden. Falls der Nachfolger von der Gesellschafterversammlung abgelehnt wird, sind die Geschäftsanteile des ausscheidenden Gesellschafters gemäß § 6 einzuziehen.
2. Geschäftsanteile können nur an solche natürliche oder juristische Personen ausgegeben oder auf diese übertragen werden, die entweder in einem Arbeitsverhältnis mit der Gesellschaft stehen, in einer ihrer Einrichtungen unmittelbar tätig sind oder das Recht zur regelmäßigen Teilnahme an der Lehrer- oder Erzieherkonferenz besitzen und dieses tatsächlich wahrnehmen.
3. Personen, mit denen die Gesellschaft einen Arbeitsvertrag abgeschlossen hat, sollen frühestens ein Jahr, jedoch spätestens zwei Jahre nach Arbeitsbeginn durch Stammeinlage

oder Übertragung einen Geschäftsanteil erwerben, der dem Nennwert der übrigen Geschäftsanteile entspricht. Dabei ist darauf zu achten, dass jeder Gesellschafter stets über die selbe Anzahl an Stimmen verfügt.

4. Die Verpflichtung zur Übertragung sowie die Übertragung von einem oder mehreren Geschäftsanteilen sowie die Verpfändung oder sonstige Belastung von Geschäftsanteilen sowie jede andere rechtsgeschäftliche Verfügung über einen oder mehrere Geschäftsanteile bedarf der schriftlichen Genehmigung der Gesellschaft, die von der Geschäftsführung nur erteilt werden darf, wenn die Erteilung der Genehmigung in der Gesellschafterversammlung beschlossen worden ist.

§ 6

Einziehung, Amortisation

1. Die Einziehung (Amortisation) von Geschäftsanteilen ist zulässig.
2. Die Einziehung des Geschäftsanteiles eines Gesellschafters ohne dessen Zustimmung ist zulässig, wenn:
 - a) eine aktive Mitwirkung an der unmittelbaren Umsetzung des Zwecks der Gesellschaft nicht mehr gegeben ist, z.B. bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses,
 - b) in der Person des Gesellschafters ein seine Ausschließung rechtfertigender Grund (entsprechend § 140 HGB) vorliegt, insbesondere der Gesellschafter Gesellschafterpflichten grob verletzt,
 - c) der Geschäftsanteil von einem Gläubiger des Gesellschafters gepfändet oder sonst wie in diesen vollstreckt wird, und die Vollstreckungsmaßnahme nicht innerhalb von zwei Monaten, spätestens bis zur Verwertung des Geschäftsanteils, aufgehoben wird;
 - d) über das Vermögen eines Gesellschafters das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt wird,
 - e) wenn der Anteil eines Gesellschafters als Rechtsfolge einer Maßnahme nach dem Umwandlungsgesetz auf einen Dritten übergeht, ohne dass die Mitgesellschafter dieser Maßnahme zugestimmt haben,
 - f) im Falle der Kündigung der Gesellschaft durch einen Gesellschafter,
 - g) für den Gesellschafter ein Betreuer bestellt wird,
 - h) der Gesellschafter stirbt.
3. Die Gesellschafterversammlung kann auch statt der Einziehung beschließen, dass der Geschäftsanteil an eine von der Gesellschafterversammlung bestimmte Person zu übertragen ist.

4. Die Einziehung wird durch die Geschäftsführung erklärt und bedarf eines Gesellschafterbeschlusses. Dem betroffenen Gesellschafter steht kein Stimmrecht zu, wenn die Einziehung ohne seine Zustimmung erfolgt.
5. Im Falle der Einziehung oder Abtretung eines Geschäftsanteils nach den obigen Bestimmungen berechnet sich das Entgelt nach den Bestimmungen des § 8 dieses Gesellschaftsvertrages.
6. Mit Einziehungsbeschluss scheidet der betroffene Gesellschafter aus der Gesellschaft aus.

§ 7

Kündigung der Gesellschaft

1. Jeder Gesellschafter kann die Gesellschaft mit einer Frist von 3 Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres durch eingeschriebenen Brief ohne Angabe von Gründen kündigen. Der Brief ist an die Gesellschaft und an die Geschäftsführer zu richten. Für die Einhaltung der Frist ist das Datum des Poststempels maßgebend. Die Kündigung darf nicht unter einer Bedingung erfolgen. Die Geschäftsführer haben alle übrigen Gesellschafter unverzüglich von der Kündigung zu unterrichten.
2. Wird bei der Kündigung eines Gesellschafters die Einziehung nach § 6 oder die Übertragung des Geschäftsanteils nach § 5 ausgeübt, so wird die Gesellschaft durch die Kündigung nicht, andernfalls wird sie durch die Kündigung aufgelöst.
3. Der ausscheidende Gesellschafter ist verpflichtet, seinen Geschäftsanteil nach Wahl der Gesellschaft ganz oder geteilt an die Gesellschaft selbst, an einen oder mehrere Gesellschafter oder an von der Gesellschaft zu benennende Dritte zu übertragen oder die Einziehung zu dulden.
4. Auf das Entgelt für die eingezogenen Anteile findet §8 dieses Vertrages Anwendung.

§ 8

Abfindung ausscheidender Gesellschafter

1. Im Falle der Einziehung oder Abtretung eines Geschäftsanteils entspricht das Entgelt, sofern ein solches mit den Grundsätzen der Gemeinnützigkeit vereinbar ist, für den ausscheidenden Gesellschafter dem Nennwert seines auf das Stammkapital in bar eingezahlten Anteils. Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Körperschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.
2. Dieses Entgelt ist in 3 unverzinsten Raten zu zahlen. Die erste Rate wird 3 Monate nach Ausscheiden des Gesellschafters, jede weitere jeweils 3 Monate nach der vorangegangenen fällig.

3. Wird durch die planmäßige Auszahlung der Abfindung der Fortbestand der Gesellschaft oder die Anerkennung ihrer steuerbegünstigten Zwecke ernstlich gefährdet, so können die Laufzeiten der Auszahlung angemessen verlängert und die Höhe der einzelnen Raten entsprechend gesenkt werden.

III. Die Organe der Gesellschaft

§ 9 Geschäftsführer

1. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer vertreten.
2. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.
3. Die Geschäftsführer werden durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen.
4. Bei Abschluss, Änderung oder Beendigung von Dienstverträgen mit Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch die Gesellschafterversammlung vertreten.
5. Die Geschäftsführer sind verpflichtet, die Geschäfte der Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem Gesetz, dem Gesellschaftsvertrag in seiner jeweils gültigen Fassung, den Beschlüssen der Gesellschafter sowie den Bestimmungen des Geschäftsführervertrages zu führen.
6. Die Geschäftsführer bedürfen der vorherigen Zustimmung durch Gesellschafterbeschluss für alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehen.
7. Der Zustimmung in Form eines Gesellschafterbeschlusses bedürfen insbesondere die in der folgenden Auflistung aufgeführten Maßnahmen, sofern diese nicht von der Gesellschafterversammlung zuvor bereits in einem ein- oder mehrjährigem Geschäftsplan bzw. Etat genehmigt wurden und die entsprechende Maßnahme budgetär den im Geschäftsplan vorgesehenen finanziellen Rahmen einhält:
 - a) Die Durchführung von baulichen Maßnahmen (einschließlich Umbauten und Reparaturen), soweit diese mit Kosten von mehr als 5.000,-- EURO netto je Maßnahme verbunden sind.
 - b) Die Anschaffung oder Herstellung von einzelnen Anlagegütern, soweit der jeweilige Anschaffungswert mehr als 5.000,-- EURO netto beträgt.
 - c) Der Abschluss, die Änderung und die Kündigung von Dauerschuldverhältnissen (z.B. Miet-, Pacht- und Leasingverträgen), soweit mit dem jeweiligen Vertrag Verpflichtungen von mehr als 5.000,-- EURO für jedes Geschäftsjahr verbunden sind.

- d) Die Gewährung von Sicherheiten jeglicher Art, die Gewährung von Krediten einschl. Krediten an Auftraggeber und Arbeitnehmer, auch innerhalb des üblichen Geschäftsverkehrs, sowie die Übernahme von Drittschulden soweit diese im Einzelfall oder im Hinblick auf ein und dieselbe Person insgesamt 5.000 EURO übersteigen. Ausgenommen hiervon ist die Einräumung von Zahlungszielen.
 - e) Die Aufnahme und die Kündigung von Bankkrediten, soweit der jeweilige Kredit ein Volumen von 5.000,-- EURO übersteigt.
 - f) Die Eingehung von Verbindlichkeiten jeglicher Art, die mit einem Haftungsrisiko je Verbindlichkeit von mehr als 5.000,-- EURO pro Geschäftsjahr verbunden sind.
 - g) Die Erteilung von Prokuren und Generalhandlungsvollmachten.
 - h) Die Gewährung, Änderung und Aufhebung von Pensionszusagen und Ergebnisbeteiligungen.
 - i) Die Errichtung, Veräußerung, Aufgabe oder Stilllegung von Zweigniederlassungen, Betrieben, Teilbetrieben oder Betriebsstätten.
 - j) Der Erwerb, die Änderung, die Übertragung oder Kündigung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie der Ankauf anderer Unternehmen.
 - k) Die Erhebung von Klagen mit Ausnahme der gerichtlichen Geltendmachung von Ansprüchen im gewöhnlichen Geschäftsgang (z. B. Einziehung von Forderungen) ab einem Streitwert von 5.000,- EURO.
 - l) Der Erwerb, die Veräußerung sowie alle Verfügungen über Grundstücke, Rechte an einem Grundstück oder Rechte an einem Grundstücksrecht und die Verpflichtung zur Vornahme solcher Verfügungen.
8. Die Gesellschafterversammlung kann darüber hinaus jederzeit den Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte erweitern, beschränken oder sonst wie ändern.
9. Die Einstellung von Arbeitnehmern und der Abschluss von Verträgen mit selbständigen Mitarbeitern sowie die Änderung, Aufhebung und Kündigung von Verträgen mit Arbeitnehmern und selbständigen Mitarbeitern bedarf in jedem Fall der Zustimmung durch Gesellschafterbeschluss, soweit mit dem jeweiligen Vertrag Verpflichtungen von mehr als 5.000,-- EURO für jedes Geschäftsjahr verbunden sind.

§ 10 Fachbeirat

1. Die Gesellschafterversammlung kann die Einrichtung eines Fachbeirats beschließen. Der Fachbeirat kann aus einer oder mehreren Personen bestehen, die per Gesellschafterbeschluss jeweils für die Dauer von drei Jahren berufen werden.

2. Der Fachbeirat übernimmt die inhaltliche und wissenschaftliche Begleitung der Arbeit. Er kann sich eine Geschäftsordnung geben.
3. Er hat gegenüber allen anderen Organen der Gesellschaft Vorschlagsrecht. Er berichtet der Gesellschafterversammlung und ist vor wichtigen konzeptuellen Änderungen zu hören.

§ 11 Elternbeirat

1. Die Gesellschafterversammlung kann die Einrichtung eines Elternbeirats beschließen. Der Elternbeirat besteht aus zwei Personen je Schule, die per Gesellschafterbeschluss jeweils für die Dauer von drei Jahren berufen werden. Beide vertreten den Elternbeirat zusammen.
2. Die Elternschaft hat das Vorschlagsrecht für die Besetzung des Elternbeirats. Alle Elternhaushalte sind spätestens einen Monat vor Berufung des Elternbeirats schriftlich, telefonisch oder elektronisch über dieses Recht zu benachrichtigen. Es bleibt den Eltern freigestellt, sich über ihre Vorschläge abzustimmen, und ein entsprechendes Abstimmungsverfahren zu entwickeln.
3. Der Elternbeirat prüft die Geschäftsführung auf Nachhaltigkeit und Tragfähigkeit der Geschäftsplanung und wacht darüber, dass etwaige Investitionen nicht zu einer unverhältnismäßigen Belastung des Trägers oder der Eltern führen. Gegebenenfalls hat er das Gespräch mit der Geschäftsführung zu suchen. Führt dieses nicht zur Klärung, kann er die Einberufung einer Gesellschafterversammlung verlangen.
4. Der Elternbeirat vertritt die Interessen der Eltern und trägt Sorge für die Wahrung des Schulkonzepts sowie des Solidarprinzips unter den Eltern. Er überwacht Geschäftsplanung und Schulgeldordnung im Hinblick auf die Gefahr einer Benachteiligung ethnischer Minderheiten oder einkommensschwacher Haushalte, und hat gegebenenfalls Elternschaft und Gesellschafter zu informieren und zu einem beratenden Gespräch einzuladen.
5. Der Elternbeirat prüft auch, ob die Geschäftsplanung gewährleisten kann, dass das pädagogische Personal innerhalb der pädagogisch vertretbaren Arbeitszeit auch das Einkommen erwirtschaftet, das für ein menschenwürdiges und angemessenes Auskommen nötig ist. Sieht er die Gefahr, dass Mitarbeiter der Gesellschaft zur Erlangung des benötigten Einkommens mehr Stunden arbeiten müssen, als es der Qualität des Unterrichts förderlich ist, hat er Elternschaft und Gesellschafter zu informieren und zu einem Gespräch einzuladen.
6. Der Elternbeirat soll jedoch in jedem Fall erst das Gespräch mit Geschäftsführung oder Gesellschafterversammlung suchen, bevor er sich an die Elternschaft wendet.
7. Der Elternbeirat hat uneingeschränkte Auskunfts- und Informationsrechte, insbesondere über geschäftliche Vorgänge und die wirtschaftliche Lage des Unternehmens. Er hat im

Rahmen seiner Überwachungspflichten das Recht, von den Geschäftsführern alle ihm zweckdienlich erscheinenden Auskünfte zu verlangen und kann sich dazu dritter Personen bedienen. Der Elternbeirat erhält Jahresabschluss, Finanz- und Tätigkeitsbericht sowie gegebenenfalls den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach der Aufstellung.

§ 12

Gesellschafterversammlungen

1. Gesellschafterversammlungen werden durch einen Geschäftsführer oder auf Verlangen von Gesellschaftern, die zusammen mindestens 10% des Stammkapitals vertreten, einberufen. Jeder Geschäftsführer ist allein einberufungsberechtigt.
2. Die Einberufung erfolgt durch einen Brief an jeden Gesellschafter unter Angabe von Ort, Tag, Zeit und Tagesordnung mit einer Frist von mindestens drei Wochen bei ordentlichen Gesellschafterversammlungen und von mindestens 10 Tagen bei außerordentlichen Gesellschafterversammlungen; bei Eilbedürftigkeit kann die Einberufung mit angemessen kürzerer Frist erfolgen. Der Lauf der Frist beginnt mit dem der Aufgabe zur Post folgenden Tag. Der Tag der Versammlung wird bei Berechnung der Frist nicht mitgezählt.
3. Eine Gesellschafterversammlung ist nur beschlussfähig, wenn 100% des Stammkapitals vertreten sind. Sind weniger als 100% des Stammkapitals vertreten, ist unter Beachtung von Abs. 2, jedoch hiervon abweichend mit Frist von einer Woche unverzüglich eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf das vertretene Stammkapital beschlussfähig, falls hierauf in der Einberufung hingewiesen wird.
4. Die Versammlung ernennt einstimmig einen Vorsitzenden. Dieser leitet die Versammlung.
5. Sind sämtliche Gesellschafter anwesend oder vertreten und mit der Beschlussfassung einverstanden, so können Beschlüsse auch dann gefasst werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen oder gesellschaftsvertraglichen Vorschriften nicht eingehalten worden sind.
6. Soweit über die Verhandlungen der Gesellschafterversammlung nicht eine notarielle Niederschrift aufgenommen wird, ist über den Verlauf der Versammlung eine Niederschrift anzufertigen, in welcher Ort und Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und die Beschlüsse der Gesellschafter anzugeben sind. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden zu unterzeichnen. Jedem Gesellschafter ist eine Abschrift der Niederschrift zu übersenden.

§ 13

Gesellschafterbeschlüsse

1. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in Versammlungen gefasst. Außerhalb von Versammlungen können sie, soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorschreibt, durch schriftliche, fernschriftliche, telegrafische oder mündliche, auch

fernmündliche Abstimmung gefasst werden, wenn sich jeder Gesellschafter an der Abstimmung beteiligt. Ausdrücklich zulässig ist auch eine Kombination aus beiden Beschlussverfahren und jede andere Art der Beschlussfassung, wenn kein Gesellschafter dem widerspricht.

2. Gesellschafterbeschlüsse werden mit Dreiviertel-Mehrheit gefasst. Jeder Gesellschafter hat eine Stimme, unabhängig von der Höhe seiner Stammeinlage.

IV. Jahresabschluss und Ergebnisverwendung

§ 14

Jahresabschluss

1. Jahresabschluss, Finanz- und Tätigkeitsbericht sind von den Geschäftsführern innerhalb der gesetzlichen Fristen nach Abschluss eines Geschäftsjahres aufzustellen und zu unterzeichnen. Dabei sind die handelsrechtlichen Vorschriften zu befolgen und steuerliche Vorschriften sowie Zweckmäßigkeitgesichtspunkte zu berücksichtigen.
2. Sofern eine solche Prüfung gesetzlich vorgeschrieben ist oder wenigstens zwei Gesellschafter diese verlangen, ist der Jahresabschluss dem von der Gesellschafterversammlung bestimmten Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen. Nach der Vorlage des Prüfungsberichtes des Abschlussprüfers ist der Bericht unverzüglich der Gesellschafterversammlung vorzulegen.
3. Die Feststellung des Jahresabschlusses obliegt der Gesellschafterversammlung. Die Gesellschafterversammlung beschließt über die Ergebnisverwendung unter Beachtung von § 3 Abs. 3.

§ 15

Ergebnisverwendung

1. Bis zur Erlangung eines Stammkapitals von 25.000 Euro sind 25% des Gewinnes für die Bildung der gesetzlich vorgeschriebenen Rücklage zu verwenden.
2. Im Übrigen sind die Gewinne zur Erlangung des steuerbefreiten Zwecks zu verwenden. Gewinnausschüttungen sind ausgeschlossen.

§ 16

Bekanntmachungen

Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im elektronischen Bundesanzeiger.

V. Auflösung, Schlussbestimmungen

§ 17
Auflösung der Gesellschaft

Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erfolgt die Abwicklung durch den dann vorhandenen Geschäftsführer als Liquidator, sofern die Abwicklung nicht durch Beschluss der Gesellschafter anderen Personen übertragen wurde.

§ 18
Schlussbestimmungen

1. Sollte eine Bestimmung dieses Gesellschaftsvertrags unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen nicht berührt. Die dadurch entstehende Lücke soll vielmehr nach den Grundsätzen und im Sinne dieses Vertrags geschlossen werden, und zwar so, dass sie dem angestrebten Zweck der Gesellschaft am nächsten kommt.
2. Die Gesellschaft beteiligt sich an den Gründungskosten mit bis zu 300 Euro.
3. Im übrigen gelten – soweit nichts geregelt ist – die Bestimmungen des GmbH Gesetzes in der jeweils gültigen Fassung.